

**29
79**

Union in Deutschland

Bonn, den 6. September 1979

Die Angst des Kanzlers

Die Zukunft Deutschlands und Europas hängt von seiner Versorgung mit bezahlbarer Energie und mit lebenswichtigen Rohstoffen ab. Die Bonner Energiepolitik ist jedoch gekennzeichnet von der Lähmung des Bundeskanzlers, der ideologischen Zerrissenheit von SPD und FDP und das Abschieben der Verantwortung auf die deutschen Länder.

In einem Katalog der wichtigsten Aufgaben in der Energiepolitik fordert Franz Josef Strauß:

- eine rationelle und sparsame Energieverwendung,
- Ersatz des Erdöls durch andere Energieträger, vor allem Kernenergie, Erdgas und auch Kohle,
- Entwicklung und Nutzung von Ersatz- und Ausweichenergie,
- weitere Streuung unserer Energieeinfuhren,
- stärker ausgebaute Krisenvorsorge, wie etwa der Erhöhung der Rohölreserven und
- wirksame Energieaußenpolitik mit den Erdölzeugern.

Wir verlangen von der Bundesregierung mit allem Nachdruck die Erfüllung dieser für das Wohl unserer Bürger notwendigen Energiepolitik. Wir verlangen, daß der Bundeskanzler nicht mit zwei Zungen spricht. Es ist ein Zeichen der Schwäche und Unredlichkeit, wenn er von den Ländern die

(Weiter auf Seite 2)

■ BUSSGELD

Gscheidles Plan: ein Millionen-
ding Seite 4

■ FAMILIENPOLITIK

Umkehr dringend erforderlich —
Stellungnahme zum 3. Familien-
bericht Seite 5

■ FREIE BERUFE

Selbständige sollen vom Steuer-
recht nicht mehr benachteiligt
werden Seite 7

■ KOALITION

Ratlosigkeit in der „Baracke“
über Franz Josef Strauß Seite 9

■ GEWERBESTEUER

Senkung der Hebesätze stärkt
die Wirtschaftskraft Seite 11

■ LÄRMSCHUTZ

SPD und FDP kneifen Seite 12

■ PARTEITAG WESTFALEN/LIPPE

Nach offener Diskussion
mit aller Kraft in die Wahlkämpfe
Seite 13

■ DOKUMENTATION

Hilfe für Jugendliche und
Familien — Gegen Verstaat-
lichung und Dirigismus
grüner Teil

■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

Gesamtangebot rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Durchführung des Energieprogramms der Bundesregierung verlangt, zugleich aber nicht die Kraft besitzt, sich gegenüber dem verblendeten ideologischen Widerstand unterer Organe der SPD gegen die Kernkraft durchzusetzen.

Die Angst des Bundeskanzlers vor der SPD-Spaltung ist gegenwärtig größer als die vor der Kernspaltung; denn weite Teile von SPD und FDP sind nicht mehr bereit, die Energiepolitik der Bonner Regierung mitzutragen.

Die politischen Schwierigkeiten für die Verwirklichung des integrierten Versorgungszentrums in Gorleben liegen nicht bei der CDU-Regierung in Niedersachsen, sondern in der blindwütigen Auf-

putschung der SPD- und FDP-Basis und in der Duldung dieser Hetze durch den Bundeskanzler und die SPD-Parteispitze.

Die Haltung der CDU/CSU ist getragen von der Verpflichtung für das Wohl unserer Bürger. Zum Nutzen der Menschen in unserem Lande, im Interesse der Vernunft und der Wirklichkeitsnähe werden wir deshalb dem Bundeskanzler notfalls in der Energiepolitik diejenige Unterstützung geben, die ihm die Linksozialisten und Linksliberalen von SPD und FDP verweigern. Voraussetzung ist allerdings, daß der Bundeskanzler Kraft und Mut zur Durchsetzung der Interessen des Gemeinwohls gegenüber den zerstörerischen Kräften seiner Partei aufbringt.

■ INFORMATION

Gespräch mit Vertretern der Steuer-Gewerkschaft

CDU-Bundesgeschäftsführer Ulf Fink und der Vorsitzende der Steuer-Gewerkschaft, Werner Hagedorn, trafen sich in Bonn zu einem Arbeitsgespräch, an dem auch Experten der CDU-Bundesgeschäftsstelle teilnahmen. Im Vordergrund des Meinungsaustausches standen Fragen einer Steuerreform, mit der mehr Steuererleichterung und -vereinfachung für Bürger und Unternehmen erzielt werden können. Die von der Bundesregierung eingeführte Nachweispflicht für den ab 1. Januar 1980 wirksam werdenden Kinderbetreuungsbetrag aufzuheben, wurde als ein wichtiges Ziel bezeichnet. Die Gesprächspartner haben in allen wichtigen steuerpolitischen Fragen Übereinstimmung erzielt. Es wurde vereinbart, den Meinungsaustausch fortzusetzen.

Kohl und Albrecht eröffnen CDU-Wahlkampf in Bremen

Mit Helmut Kohl und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht hat die CDU in Bremen ihren Wahlkampf für die Bürgerschaftswahl am 7. Oktober eröffnet. Helmut Kohl erklärte auf einer Großveranstaltung, der Bremer Wahl komme als Auftakt für die Landtagswahlserie des kommenden Jahres vor der Bundestagswahl besondere Bedeutung zu. Die CDU/CSU werde gemeinsam für einen Bundestagswahlsieg mit ihrem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß kämpfen. Ebenso wie in Bonn gelte es auch in Bremen, die regierenden Sozialdemokraten abzulösen.

Jugend steht positiv zum Wehrdienst

Wenn man sich auf eine bestimmte Art von Kompromissen oder auf die Erklärungen einseitig festgelegter Gruppen verlassen wollte, dann müßte man an-

nehmen, die junge Generation in unserem Lande stünde dem Wehrdienst und den damit zusammenhängenden Fragen total ablehnend gegenüber. Die Publicity, deren sich die Kriegsdienstverweigerer mit ihren Problemen in den Medien erfreuen, erweckt den Eindruck, die Verweigerung des Wehrdienstes werde allmählich — oder wäre bereits — der Normalfall.

Aus einer Infas-Umfrage geht indessen das krasse Gegenteil hervor. Danach hat sich im letzten Jahr der Anteil der jungen Männer, die vorbehaltlos ihren Wehrdienst leisten wollen, von 42 auf 54 Prozent erhöht. Wenn man diejenigen hinzunimmt, die sich „noch nicht sicher“ sind, ob sie „nur“ Wehrdienst leisten oder freiwillig dienen sollen (11 Prozent), dann haben 75 Prozent ein positives Verhältnis zum Wehrdienst. Die Zahl derer, die „auf keinen Fall“ die Uniform anziehen wollen, ist dagegen im letzten Jahr von 12 auf 11 Prozent gesunken, 14 Prozent haben sich noch nicht festgelegt.

Es ist an der Zeit, einmal nachdrücklich auf diese Zahlen hinzuweisen; denn sie belegen, daß die jungen Deutschen die Notwendigkeit des Wehrdienstes anerkennen.

Wichtiges Thema: Sicherheitspolitik

Die bundespolitische Auseinandersetzung über Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird bis zur Bundestagswahl eine erhebliche Steigerung erfahren. Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß die SPD nach wie vor die Absicht hat, das Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle zu einem Schwerpunkt der außen- und sicherheitspolitischen Argumentation im Wahlkampf zu machen.

Um unseren Mitgliedern und Wählern

Zwei Wahlkampf-Kommissionen

Auf der ersten Sitzung nach der Sommerpause befaßte sich das Präsidium der CDU unter Leitung von Helmut Kohl in Bonn nach einem Bericht über die innen- und außenpolitische Lage vor allem mit der Vorbereitung der Parteiarbeit in den kommenden Monaten. Dazu gehörten insbesondere die bevorstehenden Gespräche mit der CSU über die gemeinsame Führung des Bundestagswahlkampfes 1980.

Das CDU-Präsidium stimmte einem Vorschlag von Helmut Kohl zu,

1. die CDU/CSU-Kommission zur **organisatorischen Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes** mit Helmut Kohl, Heiner Geißler und Gerhard Stoltenberg

und

2. die CDU/CSU-Kommission zur **Vorbereitung der Wahlkampfplattform** mit Heiner Geißler und Ernst Albrecht zu besetzen.

Die CSU entsendet in die Sechser-Kommission Franz Josef Strauß, Edmund Stoiber und Friedrich Zimmermann und in die Vierer-Kommission Edmund Stoiber und Friedrich Zimmermann.

an der Basis den Standpunkt der CDU zu diesem Themenbereich nahezubringen, hat der Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik eine Liste mit sachkundigen Rednern zusammengestellt. Sie steht allen Interessierten zur Verfügung. Wenden Sie sich bitte an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Deutschland- und Außenpolitik, Referat Sicherheitspolitik.

■ BUSSGELD

Gscheidles Plan: ein Millionending

Der neue Plan von Bundesverkehrsminister Gscheidle zur Reform des Flensburger Punktesystems, nämlich die Heraufsetzung der Eintragungsgrenze von derzeit 40 DM auf 100 DM wurde als die große Wohltat für den Kraftfahrer angekündigt. 40 Prozent weniger Eintragungen in der Verkehrssünderkartei, Entschlackungs-Kur für Flensburg, so lauteten die verlockenden Parolen dieses Planes.

Wer sich den Flensburger Punktekatalog genau anschaut, dem mußte sehr schnell der Verdacht kommen, daß der breiten Öffentlichkeit das „dicke Ende“ dieses Planes tunlichst verschwiegen wurde, stellt der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Schulte, in Bonn fest. Denn bliebe es lediglich bei der angekündigten Entschlackungskur à la Gscheidle, wäre dieser Plan ganz eindeutig ein Verkehrssicherheitsrisiko ersten Ranges.

Man braucht sich nur einen Teil der Delikte vor Augen zu halten, die in Zukunft in Flensburg gar nicht mehr erfaßt würden, um zu erkennen, daß gerade dem sogenannten Verkehrsrowdy das Leben erleichtert würde. Nichtbeachten von Vorfahrt, Rotlicht- und Stopp-Zeichen, Geisterfahren, gefährliches Fahren am Zebrastreifen, Überholen bei Gegenverkehr und in unübersichtlichen Kurven, dies sind nur einige von mehr als 50 Delikten, die dann in Flensburg überhaupt nicht mehr regi-

striert würden. Die klassischen Sünden der Verkehrsrowdys sind nahezu komplett vertreten.

Da gibt es nur einen Weg, um in Gscheidles Flensburg-Plan dieses zu verhindern, nämlich die Anhebung der Bußgelder auf über 100 DM. Was uns als Reform angepriesen wird, ist dann nichts anderes als eine gewaltige Bußgelderhöhung. Dies ist das dicke Ende des Gscheidle-Planes.

Die CDU/CSU hat bereits vor zwei Jahren einen Antrag zur Verbesserung des Flensburger Punktesystems eingebracht, der auch im Bundestag eine Mehrheit gefunden hat. Der Verkehrsminister wäre gut beraten gewesen, diese Vorschläge zu realisieren. Darin soll eine Entschlackung der Verkehrssünderkartei durch eine flexiblere Tilgungsregelung erreicht werden. Dies ist der Weg, den die CDU/CSU weiter verfolgen wird. Verkehrsminister Gscheidle kann sich auf eine weitere Bauchlandung gefaßt machen.

Wehrfrauendiskussion ist grober Unfug

Franz Josef Strauß hält die augenblickliche Diskussion um eine mögliche Ausbildung von Frauen an Waffen für einen „grobe Unfug“. Zu den von dem Wehrbeauftragten des Bundestages, Karl Wilhelm Berkhan, entfachten öffentlichen Erörterungen über dieses Thema meinte Strauß in einem dpa-Gespräch, dieselben, die das „Postkartengesetz zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ausgeheckt“ hätten und das durch die CDU/CSU durch Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zu Fall gebracht worden sei, „brüten jetzt solche absurden Ideen aus“.

■ 3. FAMILIENBERICHT

Sachverständige bestätigen: Umkehr dringend erforderlich

Der von einer unabhängigen Sachverständigenkommission vorgelegte 3. Familienbericht ist eine vernichtende Absage an die Familien- und Gesellschaftspolitik der Bundesregierung. Er ist zugleich eine deutliche Bestätigung der wichtigsten familienpolitischen Initiativen, die die CDU/CSU-Fraktion seit Jahren als politische Alternativen gefordert hat und von der SPD/FDP verworfen worden sind, stellt Helmut Kohl fest.

Die ersten Reaktionen der Bundesregierung laufen darauf hinaus, die Situation der Familie und der Bevölkerungsentwicklung weiterhin zu verharmlosen. Einige verbale Wohlwollensbekundungen an die Adresse der Familien in den Stellungnahmen der Regierung können nicht darüber hinwegtäuschen, daß aus den Vorschlägen der Sachverständigen keine entscheidenden Konsequenzen gezogen werden.

Ich fordere deshalb den Bundeskanzler auf, unverzüglich die notwendigen Konsequenzen aus dem 3. Familienbericht zu ziehen. Ich fordere die Bundesregierung und SPD/FDP zu einer Umkehr in ihrer Familien- und Gesellschaftspolitik auf:

- Ehe und Familie müssen ihren eindeutigen Stellenwert als Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates zurückerhalten.

- Die Familie muß die erste und wich-

tigste Erziehungsgemeinschaft für das Kind bleiben. Für Eltern und Kind ist die Familie als Lebensgemeinschaft der wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung.

Ehe und Familie sind durch nichts ersetzbar. Der Staat darf die Familie nicht bevormunden. Die staatliche Mitverantwortung besteht nur darin, die Familien zu fördern und zu stärken. Dazu bedarf es weder irgendwelcher Ideologien noch ist es mit finanziellen Hilfen allein getan.

Die Aufgabe der Bundesregierung muß vorrangig darin bestehen, für ein Klima in unserer Gesellschaft zu sorgen,

- das der Ehe und Familie ihren zentralen Platz sichert;

- das Kinder nicht als Last, sondern als Chance für persönliches Glück und Lebenserfahrung begreifen läßt;

- das der Frau die persönliche Wahlfreiheit zwischen Berufstätigkeit oder der Aufgabe als Mutter ohne sozialen Abstieg oder Diskriminierung garantiert.

Der 3. Familienbericht kommt zu dem verheerenden Urteil, daß die bisherige Familienpolitik von Helmut Schmidt und SPD/FDP gerade auch darin gescheitert ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich im Zusammenwirken mit Ländern und Gemeinden für folgende Ziele einsetzen:

- Einführung eines Familiengeldes und damit Beseitigung der seit dem 1.

Zum Tag der Heimat 1979

Zum diesjährigen Tag der Heimat (9. September) übermittele ich den Heimatvertriebenen und allen Teilnehmern der vom Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften durchgeführten Veranstaltungen die besonderen Grüße der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, erklärte Helmut Kohl.

Der 30. Tag der Heimat steht unter dem Motto „Gegen die Mauer des Schweigens — ganz Deutschland verpflichtet“.

Damit wird zugleich die Verpflichtung des freien Teils Deutschlands deutlich, gegen diese Mauer des Schweigens vor aller Welt für die Rechte ganz Deutschlands einzutreten. Die CDU hat sich in ihrem Grundsatzprogramm von Ludwigshafen im Oktober 1978 nachdrücklich zu ihrer Verantwortung für ganz Deutschland in allen seinen Teilen und zu den Vertriebenen, Flüchtlingen und Aussiedlern bekannt.

Die CDU forderte weiter:

- Die Überwindung der Teilung Deutschlands und die Einigung Europas.
- Die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt.
- Die Schaffung eines international anerkannten Volksgruppenrechts sowie des Rechts auf die Heimat.
- Die Wahrung der einen, ungeteilten deutschen Staatsangehörigkeit.
- Das Offenhalten der deutschen Frage.
- Das Festhalten an der Stellung Berlins als deutsche Hauptstadt.

Die CDU hat sich in diesem Grundsatzprogramm nachdrücklich dafür eingesetzt, daß bei der Auslegung und Anwendung der Ostverträge und des innerdeutschen Grundlagenvertrages die Briefe zur deutschen Einheit, die Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages von 1972 und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes von 1973 und 1975 maßgeblich bleiben.

Unser Ziel bleibt: ein dauerhafter und gerechter Frieden und eine gute Nachbarschaft mit allen Völkern. Nur auf diesem Wege kann auch die deutsche Frage, für welche die Sowjetunion zusammen mit den Westmächten eine besondere Verantwortung trägt, ihre gerechte Lösung finden.

Juli 1979 bestehenden Diskriminierung der nicht in einem Arbeitsverhältnis stehenden Mütter;

■ Verbesserung des immer noch unzureichenden Kindergeldes und dessen Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit steuerlichen Entlastungen durch einen Betreuungsbetrag von 1 200 Mark jährlich für jedes Kind und unter Ablehnung von Bestrebungen der SPD, die Einkommen der Familien durch ein einkommensabhängiges (degressives) Kindergeld zu nivellieren;

■ Ausbau der Wohnungs- und Wohneigentumsförderung zugunsten der Familien;

■ ausreichende Berücksichtigung von Zeiten der Kindererziehung im Rentenrecht im Rahmen der Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung;

■ Ausbau der Hilfen für junge Familien (zum Beispiel Familien- und Familiengründungsdarlehen);

■ Ausweitung der Hilfen in Schwangerschaftskonfliktsituationen zur Eindämmung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche.

■ FREIE BERUFE

Selbständige sollen vom Staat nicht mehr benachteiligt werden

Die CDU/CSU will im Parlament darauf dringen, daß es gegenüber den knapp 300 000 selbständigen Freiberuflern in der Bundesrepublik nicht bei „unverbindlichen Liebeserklärungen“ bleibt. Mit diesen Worten hat der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand, der Krefelder MdB, Hansheinz Hauser, zur Verabschiedung des Berichts der Bundesregierung über die Lage der freien Berufe durch das Bundeskabinett Stellung genommen.

Hauser hat zahlreiche Erleichterungen zur Sicherung der Leistungskraft der freien Berufe gefordert, die das Parlament noch in dieser Legislaturperiode in Angriff nehmen müsse. Dabei hält er die steuerliche Gleichbehandlung der freien Berufe bei der Altersvorsorge mit den Arbeitnehmern für vordringlich. Der Bundesverband der freien Berufe hat sich der Forderung der CDU/CSU angeschlossen.

In einem 7-Punkte-Katalog hat Hansheinz Hauser die Grundzüge der CDU/CSU politisch dargelegt:

1. Gesetzliche Absicherung der Förderung der freien Berufe

Durch die Verabschiedung des Entwurfs für ein Bundesmittelstandsförderungsgesetz muß sichergestellt werden, daß im Bund und auch in den Ländern die freien Berufe analog zum übrigen

Mittelstand gefördert werden. Dies sehen die § 24 und 25 des Gesetzentwurfes der CDU/CSU-Fraktion vor. Es sei daran erinnert, daß in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland, in denen die Union die Regierungsverantwortung trägt, die freien Berufe auf Landesebene bereits durch in Kraft getretene Landesmittelstandsförderungsgesetze gefördert werden.

2. Regelmäßige Berichterstattung gegenüber Parlament

Berichte über die Lage und Entwicklung im Bereich der freien Berufe sind als Entscheidungsgrundlage für das Parlament alle zwei Jahre notwendig, wie dies § 29 des CDU/CSU-Entwurfes für ein Bundesmittelstandsförderungsgesetz vorsieht. Eine Berichterstattung, die nur auf Druck des Parlamentes alle zwei Jahrzehnte erfolgt, ist unzureichend und kann künftig angesichts des dynamischen Strukturwandels auch im Bereich der freien Berufe nicht mehr akzeptiert werden. Neben dieser Berichterstattung ist künftig auch eine kurzfristigere Erfolgskontrolle der getroffenen Maßnahmen notwendig.

3. Rechtssicherheit auch für neue Gruppen der freien Berufe

Die CDU/CSU bedauert, daß die Bundesregierung trotz des in dem Bericht dargelegten umfangreichen empirischen Materials nicht zu dem Ergebnis

gekommen ist, die Aufzählung der freien Berufe in § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG auszudehnen, obwohl sich in den letzten Jahren neue Gruppen von freien Berufen gebildet haben, die durch die Bundesregierung nunmehr erneut auf eine Einzelfall-Beurteilung durch die Finanzämter und die Finanzgerichte verwiesen werden. Durch eine zeitgerechte Ergänzung der sog. „Katalogberufe“ im § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG könnte die notwendige Gleichbehandlung neuer Gruppen von freien Berufen gesetzlich abgesichert werden und könnten manche unnötigen Auseinandersetzungen zwischen der Finanzverwaltung und den Steuerpflichtigen vermieden werden.

4. Steuerliche Gleichbehandlung bei der Altersvorsorge

Besonders bedauerlich ist die passive Haltung der Bundesregierung zur steuerlichen Gleichbehandlung der Freiberufler bei der Altersvorsorge. Bekanntlich müssen die Selbständigen im Gegensatz zu Arbeitnehmern einen großen Teil ihrer Alters- und Krankheitsvorsorge aus versteuertem Einkommen aufbringen. Denn unstrittig ist, daß die freien Berufe und mit ihnen alle Selbständigen in Gestalt des „Vorwegabzuges“ nur ein unzulängliches steuerliches Äquivalent dafür besitzen, daß der Arbeitgeberanteil des Beitrages zur Sozialversicherung der Arbeitnehmer steuerfrei ist.

Konsequent im Sinne der Chancengleichheit wäre es daher, wenn die Hälfte der Vorsorgeaufwendungen der Selbständigen analog dem Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Arbeitnehmer bis zur jeweiligen Höhe der Beitragsbemessungsgrenze in die gesetzliche Rentenversicherung steuerfrei gestellt wird.

5. Überprüfung der Freibetragsregelungen und der Direktversicherung

Unzureichend erweist sich der Bericht der Bundesregierung speziell im steuerrechtlichen Teil. Statt auf die unstrittigen und eklatanten Benachteiligungen der Selbständigen durch das Steuerrecht hinzuweisen und Vorschläge zum Abbau dieser Benachteiligungen zu machen, verweist die Bundesregierung lediglich auf den noch nicht vorliegenden Bericht der sog. „Transfer-Enquete-Kommission“.

So ist nicht einzusehen, warum die Selbständigen und speziell die freien Berufe nach wie vor von der Inanspruchnahme einer Reihe von steuerlichen Freibeträgen ausgeschlossen bleiben, die Arbeitnehmern auch dann gewährt werden, wenn ihr Einkommen weit über dem der freien Berufe liegt.

6. Steuerrechtliche Berücksichtigung der Mehrleistung

Darüber hinaus bleiben bei Arbeitnehmern die gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für die Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit nach § 3 b EStG steuerfrei. Dies ist insbesondere im Vergleich zu der erheblichen Arbeitsbelastung der Freiberufler, die häufig Arbeit auch an Sonn- und Feiertagen und zur Nachtzeit erforderlich macht, nicht sachgerecht.

7. Vorsorgeaufwendungen für Verdienstausschlag

Der steuerfreien Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer im Krankheitsfall würde es entsprechen, die Vorsorgeaufwendungen der Selbständigen für einen krankheitsbedingten Verdienstausschlag ebenfalls steuerfrei zu stellen.

■ KOALITION

Ratlosigkeit in der „Baracke“

Ein „Meisterwerk“ hat die sogenannte Mittwochrunde in der Bonner SPD-Parteizentrale ihrem Bundesgeschäftsführer Egon Bahr auf den Schreibtisch gelegt, der sich nun noch eine Zeitlang Gedanken über die knifflige Frage machen darf, wie denn nun eigentlich der Bundestagswahlkampf zu führen sei. Helfen soll ihm dabei ein 10-Seiten-Papier, das besagte Runde entwarf und in dem über „erkennbare Grundlinien des Strauß-Wahlkampfes“ fabuliert wird, daß es seine Art hat.

Was sich da alles an Verklemmungen, Enttäuschungen und an tiefem Frust in der letzten Zeit in der „Baracke“ an der Ollenhauerstraße in Bonn angesammelt hat, tritt in dem Papier offen zutage.

— Der Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten mit seiner Fraktion in Ungarn wird zur „Image-Pflege“.

— Das Gespräch des Spitzenkandidaten der Union mit Gewerkschaftsführern ist für die Mittwochsdenker der SPD nur als „Demonstration von Gesprächsbeurteilung“ vorstellbar.

Und als besonders hoher Gipfel krauser Logik heißt es,

— Strauß biete „den Verlegern die Beteiligung am Kabelfernsehgeschäft an und stimuliert auf diese Weise zusätzlich Druck auf Redakteure“.

Die Furcht der von Bahr angesetzten Nachdenker sitzt tief. Sie gilt nicht nur Franz Josef Strauß, sondern umfaßt

weite Teile der Bevölkerung. Ganzen Wählerschichten werden von den Sozialdemokraten wenig feine Eigenschaften unterstellt, wie diese jetzt herausanalysierten.

So besteht laut Egon Bahrs Schreibpapier „bei sehr vielen Menschen aller Altersstufen und Bildungsgrade latent vorhandene Lust zur Unterwerfung“. Und man fürchtet, für „liberal und ‚grün‘ eingestellte Bürgerinnen und Bürger“ könne der starke Mann Strauß ein „masochistisches Faszinosmus“ sein.

Dem nun ist man in der SPD-Zentrale bereits erlegen und registriert mutlos, daß es im Kampf gegen die Union und ihren Spitzenkandidaten in der eigenen Organisation unterschiedliche Vorstellungen gibt. Auch Egon Bahr und sein Parteivorstand bekommen ihr Fett weg: „Das Verlangen nach geeigneten Maßnahmen des Vorstands nimmt zu. Die Mitglieder haben kein Verständnis für Zögerlichkeit oder gar Passivität.“

Die Lektüre des „Strategiepapiers“ macht deutlich, daß gegenwärtig totale Konzeptionslosigkeit im Hauptquartier der Sozialdemokraten herrscht. Offenbar wartet alles auf den neuen Macher, den der Berliner Parteitag der „Baracke“ bescheren soll; vom Vorsitzenden Brandt und seinem Geschäftsführer Bahr ist nichts mehr zu hören und zu erwarten. Das entstandene Vakuum soll jetzt gefüllt werden mit armseliger Tagespolemik und einer laufenden politischen Analyse der CDU/CSU — wahrhaft eine beeindruckende Konzeption.

Nur eines will man in der SPD nicht: die direkte Auseinandersetzung zwischen Strauß und Schmidt; der dem Papier beigegebene Entwurf eines Mitgliederschreibens beweist es. Wir werden also eine Neuauflage des kläglichsten Schauspiels von 1976 erleben. Der Bundes-

kanzler wird jedem unmittelbaren Vergleich mit dem Herausforderer der Union ängstlich aus dem Wege gehen. Seine Partei bereitet diese unpolitische Abstinenz für ihn schon vor.

Kanzler soll die Rentenfrage klären

Der Sozialexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Franke, hat Bundeskanzler Helmut Schmidt aufgefordert, in der Rentenfrage „endlich ein klärendes Wort“ zu sprechen. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ erklärt Franke, er habe die Sorge, daß Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg seine Partei und die Öffentlichkeit mit der „neuen Formel“ von der lohnbezogenen Rente auf die Abschaffung der bruttolohnbezogenen Rente vorbereiten wolle. Franke wies auch die Forderungen des Sozialexperten der FDP, Hansheirich Schmidt (Kempten), zurück, der erklärt hatte, das gegenwärtige System der Rentenversicherung könne nur erhalten werden, wenn sich der Bundestag zu einer „nettoähnlichen Lösung“ entschieße. Franke unterstrich, daß die Rentenfinanzen zur Zeit in Ordnung seien. Zu hohe Neubelastungen für die Arbeitnehmer entstünden durch die bruttolohnbezogene Rente nicht. Die Union halte das System der bruttolohnbezogenen Rente aus sozialen und staatspolitischen Gründen für absolut erforderlich, um soziale Spannungen zu vermeiden.

Bahr und die Wahrheit

Die in einem „Spiegel“-Kommentar kritisierte Bemerkung von Franz Josef Strauß, „Egon Bahr habe die Lüge zum politischen Prinzip erhoben, wenn es darum gehe, die Wähler über die eigenen Absichten zu täuschen“, hat den Leiter des Büros des bayerischen Mini-

sterpräsidenten, Dr. Wilhelm Knittel, zu folgender Richtigstellung veranlaßt:

Die verkürzte Wiedergabe der Interview-Antwort von Herrn Strauß ist bedauerlich, weil sie Ihren Lesern die Begründung vorenthält. Herr Strauß hat seine Beurteilung nämlich auf ein ausdrückliches Eingeständnis des damaligen Bundesministers Bahr vor dem Plenum des Bundestages am 24. Januar 1973 gestützt. Er hat dabei den Vorgang zutreffend so zusammengefaßt: „Während der Großen Koalition bekräftigte er mit uns feierlich die Unteilbarkeit Deutschlands, nach der Bundestagswahl 1969 ging er dann von zwei deutschen Staaten aus und erklärte, von uns zur Rede gestellt: „Man kann eine neue Wahrheit zwar im Herzen tragen, sie aber noch nicht bekanntgeben, wenn es noch keine Mehrheit dafür gibt.“

Aachen: Jetzt schon 150 Austritte aus der SPD

Immer wieder schreckt die Aachener SPD ihre Genossen in anderen Landesverbänden mit neuen Austrittsbewegungen auf. Nach neuesten Meldungen sind mittlerweile 150 Aachener SPD-Mitglieder zu ehemaligen Genossen geworden. Der Grund: In Aussage und Methode lassen die Jusos in der ehemaligen Kaiserstadt ihre Maske fallen, operieren und reden nur noch sozialistisch. Aber nicht nur in Aachen werden die Jusos immer frecher. In Bonn haben sie erstmals öffentlich zugegeben, daß für sie beispielsweise die Frage nach den Menschenrechten auch nur mit sozialistischer Meßlatte beantwortet werden kann. Die Charta 77 in der CSSR könne unterstützt werden, da diese das dortige Gesellschaftssystem sozialistisch-konstruktiv durchleuchte, hieß es.

■ GEWERBESTEUER

Senkung der Hebesätze stärkt die kommunale Wirtschaftskraft

Städte und Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben, sollen alle Möglichkeiten prüfen, die Hebesätze für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ab 1980 unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu senken, erklärte der KpV-Vorsitzende Horst Waffenschmidt zur aktuellen Diskussion um die Senkung der Gewerbesteuerhebesätze.

Ab 1980 wird der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf 15 v. H. erhöht und die Gewerbesteuerumlage um $\frac{1}{3}$ gesenkt. Diese Mittel fließen nicht nur den Städten und Gemeinden zu, die bisher Lohnsummensteuer erhoben haben, sondern allen Gemeinden.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands weiß sich an die Beratungen zum Steueränderungsgesetz 1979 gebunden; denn gerade CDU und CSU stellten bei der Gesetzesberatung die Anträge für angemessene Ausgleichsregelungen an die Gemeinden. In allen Beratungen über das Steueränderungsgesetz 1979 ist davon ausgegangen worden, daß die Städte und Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben und insoweit keine Verluste erleiden, ab 1980 zur Entlastung der Wirtschaft und zur Sicherung der Arbeitsplätze die Hebesätze bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital senken oder auf eine bevorstehende Anhebung der Hebesätze

verzichten können, und zwar je nach den örtlichen Gegebenheiten.

Eine bundesweite Automatik kann es in dieser Frage nicht geben, da die bisherigen Steueränderungsgesetze und auch der neue Verteilungsschlüssel sich auf die einzelnen Städte und Gemeinden auswirken.

Diese Empfehlung setzt jedoch voraus, daß den Städten, Gemeinden und Kreisen keine weiteren finanziellen Belastungen ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich durch Bund und Länder zugemutet werden. Vor Verunsicherung über die künftige kommunale Finanzausstattung ist dringend zu warnen, sie würde nicht ohne Einfluß auf die Entscheidungen der örtlichen Volksvertretungen sein können. Die kommunale Finanzsituation ist nicht so günstig, wie die Bundesregierung sie immer darzustellen versucht. Das beweist allein schon die sinkende Eigenkapitalquote bei allen kommunalen Investitionen und die wachsende Notwendigkeit zu weiterer kommunaler Verschuldung.

Für die Kommunalpolitiker von CDU und CSU hat eine Politik für die Sicherung der Arbeitsplätze und die Förderung der Wirtschaftskraft der Betriebe, insbesondere des Mittelstandes, hohe Priorität. Deshalb haben CDU und CSU auch die Empfehlung des Deutschen Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes, Gewerbesteuerensenkungen in den kommunalen Parlamenten zu prüfen, nachdrücklich unterstützt.

■ LÄRMSCHUTZ

SPD und FDP kneifen

Bundesregierung und Koalitionsparteien SPD und FDP müssen beim Verkehrslärmschutzgesetz nun endlich Farbe bekennen. Wenn die Bürger wirklich effektiven Lärmschutz erhalten sollen, muß das Gesetz für bestehende Gemeindestraßen, Kreisstraßen und Landstraßen gleichermaßen gelten wie für bestehende Bundesstraßen.

Würde der jetzige Regierungsentwurf verabschiedet, der bei bestehenden Straßen nur Lärmschutz für Bundesstraßen vorsieht, wäre ein lückenhaftes Gesetz geschaffen, das sofort eine Serie von Prozessen wegen Gleichbehandlung der Bürger an bestehenden kommunalen Straßen und Landstraßen nach sich ziehen würde, erklärte KPV-Vorsitzende Horst Waffenschmidt.

Wenn die Bundesregierung eine umfassende Lösung mit der Begründung ablehnt, dies sei nicht finanzierbar, so ist dies eine völlig unrealistische Argumentation. Auch führt diese Haltung dazu, eine realistische und durchführbare Gesamtkonzeption für diese Aufgaben aus den Augen zu verlieren. Was das Gesetz nicht regelt, wird dann durch Gerichtsurteile aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes von den Bürgern erreicht, und vor allem die Gemeinden müssen bezahlen, ohne Finanzhilfen des Bundes zu bekommen.

Notwendig sind jetzt folgende Entscheidungen:

① Das Verkehrslärmschutzgesetz muß bald verabschiedet werden; denn sonst fehlt die klare rechtliche Grundlage für die Regelung dieses wichtigen Aufgabengebietes. Eine wachsende Anzahl von Gerichtsurteilen aufgrund des Immissionsschutzrechtes wird dann den gesetzessfreien Raum mit Rechtsprechung ausfüllen, die aufgrund unterschiedlicher Einzelentscheidungen zur Rechtsunsicherheit beiträgt.

② Das Verkehrslärmschutzgesetz muß alle Straßen gleich behandeln. Die Beschränkung auf Teillösungen beinhaltet die Gefahr, daß die Gesamtkosten nicht realistisch eingeschätzt werden und das Notwendige und Machbare aus den Augen verloren wird.

③ Die Gemeinden brauchen für den Lärmschutz Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz aus dem Mineralölsteueraufkommen. Die kommunalen Kosten betragen für die nächsten Jahre in diesem Bereich rund 1 Milliarde DM jährlich. Wenn keine klare gesetzliche Regelung erreicht wird, besteht die Gefahr, daß die Kosten sich verdoppeln, wie erste ergangene Gerichtsurteile anzeigen. Dies können die Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise nicht verkraften und dem Lärmschutz für die Bürger wäre ein schlechter Dienst erwiesen.

CDU und CSU haben im Verkehrsausschuß des Bundestages bereits seit mehreren Monaten immer wieder die notwendigen Initiativen ergriffen, um zu einem effektiven Verkehrslärmschutzgesetz zu kommen, im Regierungslager gab es bisher nur andauernde Entscheidungsunfähigkeit bei dieser wichtigen Umweltschutzaufgabe.

■ LV WESTFALEN/LIPPE

Nach offener Diskussion mit aller Kraft in die Wahlkämpfe

Presse, Funk und Fernsehen haben sich bei ihrer Berichterstattung über den 35. Landesparteitag der CDU Westfalen/Lippe fast ausschließlich auf die Vorstandswahlen und die Reden von Kurt H. Biedenkopf und Heiner Geißler konzentriert. Einen breiten Raum nahmen auf diesem Parteitag auch die Sachthemen ein. 36 Anträge wurden nach zum Teil intensiver Beratung mit überzeugenden Mehrheiten verabschiedet oder dem Landesvorstand zur weiteren Beratung überwiesen.

Die 431 westfälisch-lippischen Delegierten zeichneten sich dabei durch ein hohes Maß an Arbeitseifer, Disziplin und Verantwortungsgefühl aus. Heiner Geißler hat dieses Lob in Dortmund bereits ausgesprochen. Dortmund war ein arbeitsreicher Parteitag mit intensiven Debatten, hartumkämpften Wahlen und schließlich demokratischen Entscheidungen.

In den bevorstehenden schweren Kommunal- und Landtagswahlkämpfen setzt die CDU Westfalen/Lippe auf den Ideenreichtum und die Tatkraft ihrer Mitglieder und Kandidaten, auf die Überzeugungskraft ihrer besseren Argumente und auf die Vernunft einer Mehrheit der Bürger.

Einer der Schwerpunkte in den kommenden Wahlkämpfen wird die verfehlte Schulpolitik der von SPD und FDP

geführten Landesregierung sein. Dazu hat der Parteitag wegweisende Beschlüsse gefaßt: Unter anderem die kompromißlose Ablehnung der Gesamtschule als Regelschule, ein klares Nein zu einem 10. Pflichtschuljahr, das die berufliche Alternative nicht mehr zuläßt und das Bekenntnis zu kleinen, aber ortsnahen Schulen.

Mit einer Beifallsovation begrüßten die westfälischen CDU-Delegierten den Düsseldorfer Oppositionsführer Heinrich Köppler, den Kurt Biedenkopf als „den nächsten Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen“ vorstellte. Heinrich Köppler betonte, die CDU wolle die bevorstehende Kommunalwahl in diesem Lande „nicht zur bundespolitischen Testwahl machen“, es werde die Aufgabe der nachfolgenden Landtagswahl sein, die „Trotzreaktion“ der SPD bei der geplanten allgemeinen Einführung von Gesamtschulen zu verhindern.

Vier Prozent Wachstum sind eine Fata Morgana

Kurt Biedenkopf formulierte einen Zehn-Punkte-Katalog zur praktischen Bewältigung der aktuellen Probleme. Für die kommenden Jahre werde sich die von der Bundesregierung propagierte Wachstumsrate von vier Prozent als Fata Morgana erweisen. „Die Bevölkerung ist nicht bereit, mehr zu arbeiten und mehr Steuern zu zahlen. Sie bleibt bei dem, was ihr sinnvoll er-

scheint.“ Also müsse die Regierung Wachstum künstlich erzeugen und damit das Einkommen unserer Kinder bereits heute zum Fenster hinauswerfen.

Realistischer sei eine Wachstumsanahme von zwei Prozent pro Jahr. Ein höherer Zuschuß dürfe nicht als Überschuß verteilt, sondern müsse zum Abbau des Schuldenberges verwendet werden.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte Kurt Biedenkopf noch einmal einen Rückblick auf die zurückliegende Personaldebatte innerhalb der Partei gegeben und dabei für eine „offene Diskussion“ plädiert. Biedenkopf wörtlich: „Dem Parteitag liegen Anträge vor, die weitere Zusammenarbeit der beiden Unionsparteien betreffend. Ihre Behandlung ist dringend geboten, denn die Probleme der letzten Monate haben ihre Ursache weniger in Personen, als in

einem Mangel an geregelten demokratischen Entscheidungsverfahren.“

Auf die Rede von Kurt Biedenkopf antwortete Heiner Geißler am Samstagmorgen. Er warnte — oft von Beifall unterbrochen — vor „Scheinproblemen“ die wie gefälschte Wegweiser in die Irre führten. Von dem Streit in der SPD könne die Union höchstens lernen, wie man es nicht machen soll. Eppler und seine Analysen seien als Vorbild für die Union höchst ungeeignet, meinte der Generalsekretär. Weil die CDU diese Fehler weitgehend vermieden habe, sei sie der SPD inhaltlich und geistig überlegen.

Großer Beifall für H. Kohl

Besonderen Beifall erhielt der Generalsekretär als er die Grüße des Parteivorsitzenden Helmut Kohl überbrachte. Zustimmung gab es auch, als Geißler zu den Debatten um die Kanzlerkandidatur erklärte: „Die Entscheidung ist gefallen. Jetzt gibt es nur eine Lösung: Mit Franz Josef Strauß ran an den politischen Gegner.“

Bei den Vorstandswahlen wurde Kurt H. Biedenkopf mit 255 Ja-Stimmen und 134 Nein-Stimmen bei 25 Enthaltungen erneut zum Vorsitzenden gewählt. Damit hat Kurt Biedenkopf deutlich weniger Stimmen erhalten als bei seiner ersten Wahl vor zwei Jahren.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden gewählt: MdB Agnes Hürland (333 Stimmen), Rudi Nickels, MdL (262 Stimmen), Heinrich Ostrop, MdL (376 Stimmen) und MdEP/MdL Albert Pürsten (313 Stimmen).

Einmütig sprach sich der Parteitag auch für den Einsatz der Kernenergie aus, wobei Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung angemessen berücksichtigt werden müssen.

Saarland wählt am 27. April

Das Saarland wird am 27. April 1980 den neuen Landtag wählen. Das saarländische CDU/FDP-Kabinett einigte sich einstimmig auf diesen Termin. Wie Ministerpräsident Werner Zeyer vor Mitgliedern der Landespressekonferenz erläuterte, soll im Gegensatz zu 1975 „diesmal bewußt eine Zusammenlegung des Termins mit den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vermieden werden“. Bei gleichzeitigen Wahlen in beiden Bundesländern würde diesen zu sehr der Charakter einer „kleinen Bundestagswahl“ zukommen, andererseits aber auch „die Bedeutung der Eigenständigkeit der saarländischen Landtagswahlen verringert“. Baden-Württemberg wählt am 16. März 1980, Nordrhein-Westfalen am 11. Mai 1980.

■ KOMMUNEN

Mehr Eigeninitiative — weniger Staat

Die CDU bejaht eine breite bürger-schaftliche Mitwirkung an der kommunalen Selbstverwaltung. Denn kommunale Selbstverwaltung besteht in der Aktivierung der Beteiligten für die eigenverantwortliche Lösung ihrer Probleme. Das sind die Kernpunkte eines Programms zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung in der Gemeinde, das der Vorsitzende des Bundes-fachausschusses Innenpolitik der CDU, Heinz Schwarz, der Öffentlich-keit vorstellte.

Um ein größeres Maß an Selbstbe-stimmung in den Gemeinden zu er-reichen, kommt es der CDU vor allem

auf die Beachtung folgender Grundsät-ze an:

1. Regierungen und Parlamente dürfen beim Bürger nicht mehr Ansprüche an Staat und Kommunen wecken als erfüll-bar sind.
2. Der staatlichen Reglementierung im-mer weiterer Lebensbereiche muß Ein-halt geboten werden.
3. Die Gesetzes- und Verordnungsflut ist einzudämmen, übertriebener Rege-lungssperfektionismus muß bekämpft werden.
4. Die Fähigkeiten des einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppen und or-ganisierten freien Träger zur Bewälti-gung sozialer Probleme sind stärker als bisher wieder zur Geltung zu bringen.

Der Wortlaut des Programms erscheint in einer der nächsten Ausgaben des UfD als Dokumentation.

Treffpunkt in Bonn: Konrad-Adenauer-Haus

Weit über 100 000 Besucher haben in den letzten fünf Jahren das Konrad-Adenauer-Haus in Bonn besucht. Aus allen Bevölkerungsschichten und aus allen Teilen der Bundesrepublik kamen die Mitglieder und Freunde der CDU. Allein im vergangenen Jahr waren es etwa 30 000 und 1979 — im Jahr der Bundesgartenschau in Bonn — ist die Zahl der Besucher noch erheblich höher. In letzter Zeit haben wir allerdings wiederholt festgestellt, daß viele unserer Freunde gar nicht wissen, daß das Konrad-Adenauer-Haus in Bonn besucht und besichtigt werden kann.

Daher der Hinweis: Wenn Sie nach Bonn kommen — als Einzelbesucher oder mit einer Gruppe —, schauen Sie doch einmal in der Bundesgeschäftsstelle der CDU vorbei. Bei der großen Besucherzahl wären wir Ihnen allerdings dankbar, wenn Sie sich vorher — wenn auch kurzfristig — anmelden würden.

Für Auskünfte über Informationsbesuche steht Ihnen Herr Ziegler, Telefon Nr. (0 22 21) 54 44 35, gerne zur Verfügung.

Im Konrad-Adenauer-Haus befindet sich außerdem das Restaurant „Union-Stuben“. Sollten Sie in dieser Hinsicht (Mittagessen, Kaffee usw.) Fragen und Wünsche haben, setzen Sie sich bitte mit dem Geschäftsführer der Union-Stuben, Herrn Kiethe, Telefon (0 22 21) 54 44 00, in Verbindung.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- 7. 9. Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 7. 9. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung, Arbeitskreis
„Medien“, Bonn
- 7. 9. LV Hessen
Frauenvereinigung, Landes-
vorstand, Gießen
- 8. 9. JU Hessen
Landesausschuß, Biblis
- 7./8. 9. **KPV d. CDU/CSU — Bund**
Bundestagung „Grünflächen und
Erholung in der Stadt“, Bonn
- 8. 9. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung, Bundes-
vorstand, Bremen
- 8. 9. LV Schleswig-Holstein
Landesvorstand, Kiel
- 12. 9. LV Berlin
Landesvorstand, Berlin
- 13. 9. **KPV d. CDU/CSU — Bund**
Bundesvorstand und Haupt-
ausschuß, Bonn
- 13. 9. **CDU — Bund**
BFA „Jugendpolitik“, Bonn
- 14. 9. Union d. Vertriebenen und Flücht-
linge — Bund, Vorstand, Bremen

- 14./16. 9. **CDU — Bund**
Sozialausschüsse, Bundestagung,
Krefeld
- 15. 9. LV Schleswig-Holstein
Frauenvereinigung, Delegiertentag,
Flensburg
- 15. 9. LV Braunschweig
Landesvorstand, Helmstedt
- 20. 9. LV Baden-Württemberg
Treffen Kreisvorsitzende, Kreis-
geschäftsführer, Fraktions-
vorsitzende, Stuttgart
- 21. 9. LV Hessen
Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Marburg
- 21./23. 9. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitische Tagung,
Sindelfingen
- 22. 9. LV Hessen
Landesparteitag, Marburg
- 22. 9. LV Rheinland-Pfalz
Frauenvereinigung, Landestag,
Lahnstein
- 22. 9. LV Rheinland-Pfalz
Mittelstandsvereinigung, Landes-
tag, Mainz
- 22./23. 9. **Mittelstandsvereinigung d. CDU/
CSU — Bund**
Fachtagung für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit, Hedemünden
- 24. 9. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand,
Stuttgart

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demo-
kratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:**
Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21)
54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstra-
ße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04.
Verlagsleitung: Peter Mühlenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse
Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln,
Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,—
DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD